

Sicherheit eines Staates

HAITI VOR UND NACH DEM ERDBEBEN

Nachdem in der haitianischen Hauptstadt schätzungsweise 158.000 Menschen dem Erdbeben von 2010 zum Opfer gefallen waren, gingen internationale Akteure schnell dazu über, den Aufbau verbesserter Überwachungskapazitäten und die Reform des Sicherheitssektors voranzutreiben. Dieser internationale Fokus auf der Verbesserung der Kapazitäten des Sicherheitssektors in Haiti ist nicht neu. Seit 200 Jahren hat das Land regelmäßig mit Ausbrüchen politischer Gewalt zu kämpfen, wobei internationale Bemühungen zur Beeinflussung der internen Staatsführung durch Strukturanpassungsprogramme und Reformen von Justiz, Militär, Polizeidienst und Strafvollzug nicht auf sich warten ließen. In Kapitel 8 werden der Kontext der Bemühungen zur Förderung der Sicherheit in den Jahren vor dem Erdbeben von 2010 und die danach aufkommenden Trends untersucht, wobei die Ergebnisse der drei vor und nach dem Erdbeben durchgeführten Haushaltsbefragungen zur Grundlage genommen werden.

Ein Staat voller Ungerechtigkeit

Die Bemühungen um die Festschreibung und Implementierung eines verbesserten Straf- und Strafvollzugsrechts haben kaum Früchte getragen und Haiti behilft sich immer noch mit altmodischen Gesetzen, einer dünnen Personaldecke und einer praktisch nicht vorhandenen Infrastruktur, um Rechtsfälle zu bearbeiten. Während der vergangenen zwanzig Jahre war ein bedeutendes Hindernis für die Zurverfügungstellung von Sicherheitsdienstleistungen, dass die haitianische Bevölkerung die Sicherheitskräfte als illegitim betrachtete. Das galt insbesondere in den Jahren, als nicht gewählte Regierungen an der Macht waren (1991 – 1994 und 2004 – 2006) und die Polizei als Werkzeug zur Unterdrückung öffentlichen Widerspruchs und zur Bestrafung politischer Gegner einsetzten.

Als Ergebnis der Ineffizienz und Korruption der haitianischen Nationalpolizei (HNP) – sowie ihrer Beteiligung an den Menschenrechtsverletzungen während des Staatsstreichs 2004 und den zwei Jahre andauernden Nachwirkungen – haben internationale Geldgeber und einheimische Bevölkerung den Glauben an die Fähigkeit und Bereitschaft der Polizeikräfte, Dienstleistungen zu erbringen, verloren. Um diese Legitimationslücke zu schließen, haben Geldgeber große Summen in Polizeireform, Rekrutierung sowie Menschenrechtsschulungen und ab 2004 in den Polizeidienst auf Bürgerebene investiert.

Gewalt und Verbrechen in Haiti vor und nach dem Erdbeben

Trotz großer Investitionen in die Reform war unklar, ob sich die Sicherheit für den Durchschnittsbürger verbessert hatte. Um diese Informationslücke zu füllen, wurden Befragungen durchgeführt, anhand derer die Erfahrungen und Ansichten der Haitianer in den letzten fünf Jahren bewertet wurden. Jedes Mal wurden ähnliche Stichprobenverfahren und Datenerhebungsbögen verwendet, wobei die Haushalte nach einem Zufallsprinzip ausgewählt wurden; ebenso wurden erwachsene Haushaltsmitglieder zufällig für die Teilnahme an der Befragung ausgewählt. So entstand eine repräsentative Stichprobe, die auf die Gesamtbevölkerung generalisiert wurde und bedeutende Einsichten in die Alltagserfahrungen der Haitianer lieferte.

Verbrechen

Vor dem Erdbeben behaupteten 62,9 Prozent der Befragten, dass Kriminalität ein ernstes Problem sei. Nach dem Erdbeben betrug diese Zahl 20 Prozent. Für gewalttätige Kriminalität



Ein weinender Junge wird von einem Polizisten befragt, nachdem er Zeuge einer Schießerei im Slum von La Saline geworden ist, Port-au-Prince, März 2010. © Ramon Espinosa/AP Foto

Tabelle 8.5 An wen würden Sie sich bei Raub oder Bedrohung Ihrer Person als erstes wenden?

Antwort	2009		2010	
	Raub (%)	Bedrohung (%)	Raub (%)	Bedrohung (%)
Verwandte, Freunde, Nachbarn	12,0	18,1	38,5	13,5
Polizei	40,7	38,0	56,6	66,7
Ex-Mitglieder der haitianischen Armee	0,7	0,4	0,1	0,0
Ausländische Streitkräfte	9,7	28,9	0,3	0,0
Private Sicherheitsfirma oder Ähnliches	0,3	0,7	0,0	0,0
Dorfälteste	3,7	2,5	2,3	8,4
Familienoberhaupt	0,6	2,5	0,8	9,2
Eine bewaffnete Gruppe	0,4	1,2	0,2	0,0
Niemanden/Etwas zu unternehmen wäre sinnlos	29,9	6,6	0,6	0,1
Andere/Weiß nicht	2,0	1,1	0,6	0,0

zeichnet sich ein deutliches Muster ab, das die demokratischen Übergänge im Land widerspiegelt: Die Kriminalitätsrate war 2004 in den ersten beiden Monaten niedrig (unter einem gewählten Präsidenten), stieg von März 2004 bis Ende 2006 stark an (unter einer nicht gewählten Regierung) und sank stetig zwischen Anfang 2007 (nach demokratischen Wahlen) und 2010. Während für die sechs Wochen nach dem Erdbeben einige Vorfälle von Eigentumsdelikten angegeben wurden (nur 4,1 Prozent der Haushalte), stieg die Zahl sexueller Übergriffe mit geschätzten 10.813 Vergewaltigungen in diesem Zeitraum dramatisch an (fast 70 Prozent der Täter wurden von den Befragten als „Verbrecher“ bezeichnet). Diese Zahl ist erheblich höher als in den drei Jahren zuvor; hier wurden schätzungsweise 30.000 bis 50.000 Personen pro Jahr Opfer von Vergewaltigung.

Ansichten über die Sicherheitsdienstleister

Die HNP wurde von den Befragungsteilnehmern als bevorzugter Sicherheitsdienstleister genannt. 2010 gaben mehr als zwei Drittel der Bevölkerung an, dass sie sich bei einer Gefahr für Leib und Eigentum zuerst an die Polizei wenden würden (siehe Tabelle 8.5). Dies steht in starkem Kontrast zu 2009, als lediglich 38 Prozent der Bevölkerung die HNP als erste Anlaufstelle bei Gefahr nannten. Mögliche Erklärungen für das gestiegene Vertrauen in die HNP sind eine erhöhte Zuversicht in die öffentlichen Institutionen, eine verminderte Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen sowie der Ausfall Sicherheit bietender Alternativen (etwa der Verlass auf Familienmitglieder oder private Sicherheitskräfte) im Anschluss an das Erdbeben.

Ownership of small arms

2010 gaben nur 2,3 Prozent der Befragten an, dass in ihrem Haushalt Schusswaffen vorhanden waren. Politische Zugehörigkeit hatte keinen statistisch bedeutenden Einfluss auf Waffenbesitz. Von den Reichen (die weitaus häufiger Waffen besaßen) wurde „persönlicher Schutz“ als häufigster Grund für Waffenbesitz genannt, während die Armen meistens angaben, dass sie Waffen „für die Arbeit“ als Sicherheitskraft oder Polizeibeamter besaßen.

Die Präsenz von Schusswaffen wird weithin als großes Sicherheitsproblem in Haiti betrachtet. Die Hälfte der Befragten war der Meinung, dass heutzutage zu viele Leute Waffen besitzen. Diese Waffen sind ungleichmäßig in der Gesellschaft verteilt und es ist von enormer Bedeutung, welche Gruppen bewaffnet sind. 2010 nannten die Befragten als gesellschaftliche Gruppen, die zu viele Waffen besitzen, am häufigsten „kriminelle Gruppen“ (74,1 Prozent), „Geschäftsleute“ (65,1 Prozent) und „ehemalige Soldaten“ (45,7 Prozent). Am seltensten wurden „Politiker“ (2 Prozent), „Haushalte“ (1,8 Prozent) und „bewaffnete politische Gruppen“ (4 Prozent) genannt. 2010 gaben mehr als drei Viertel aller Befragten an, dass eine verbesserte Kontrolle über die Ausgabe von Waffenlizenzen ihr Umfeld sicherer machen würde.

Optionen zur Förderung von Sicherheit

Trotz einer beträchtlichen Verbesserung der öffentlichen Meinung in Bezug auf Leistungsfähigkeit und Effektivität der Polizei haben die Haitianer Bereiche der Förderung von Sicherheit identifiziert, die weitere Aufmerksamkeit benötigen. Ein Ziel besteht in der Verbesserung der Kapazitäten und der Zugänglichkeit der HNP für alle Haitianer, denn es besteht weithin die Sorge, dass die Erhaltung von Sicherheit ungleich verteilt bleibt. Intolerabel ist vor allem, dass man immer noch „jemanden kennen“ muss, damit auf eine Anzeige auch zügig reagiert wird. Außerdem wiesen die Befragten auf die Notwendigkeit einer besseren Kontrolle von Schusswaffen und der von bewaffneten Gruppen hin. ■